

Nordquist, Sienna

Article

Entwicklungshilfe und Politik: Der Marshallplan als Demokratie-Förderprogramm

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Nordquist, Sienna (2025) : Entwicklungshilfe und Politik: Der Marshallplan als Demokratie-Förderprogramm, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 187 (1/25), pp. 31-34,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2025/f-26849.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/337077>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Entwicklungshilfe und Politik

Der Marshallplan als Demokratie-Förderprogramm

Das „CARE-Paket“ ist dauerhaft in den deutschen Sprachgebrauch eingegangen, als Hilfslieferung von Wurst, Strümpfen oder Schokolade. Weniger bekannt sind die Ausmaße der privaten Unterstützungsaktion aus den USA für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – und ihr Zusammenhang mit dem staatlichen Marshallplan, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau fördern sollte. Sienna Nordquist ist der Geschichte dieser Entwicklungshilfe nachgegangen. Es geht um weit mehr als um Rosinenbomber und Bohnenkaffee.

Sienna Nordquist

Der Marshallplan wird oft als das großzügigste ausländische Hilfsprogramm der modernen Geschichte gepriesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die Vereinigten Staaten von Amerika 16 europäische Länder beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft. Der am stärksten umstrittene Empfänger war sicher Deutschland als Verursacher des gerade beendeten Krieges. Aus amerikanischer Sicht stand die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan für eine neue transatlantische Strategie in Washington: Rehabilitation und neue Bündnisse gingen über Reparationen. Der Kalte Krieg veränderte das internationale Engagement. Was aber ist die Sicht der Empfänger? In meiner Forschung über den Marshallplan in Westdeutschland betrachte ich die deutsche Perspektive: Der Marshallplan war nicht nur zentraler Motor für den Wirtschaftsboom der 1960er-Jahre, sondern auch ein Grundpfeiler

der demokratischen Entwicklung in den Nachkriegsjahren.

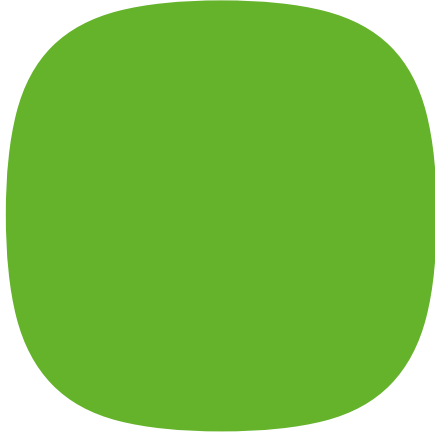
Beim Marshallplan ging es um weit mehr als um Investitionen in die Infrastruktur und eine verbesserte Versorgung mit Lebensmitteln. Die Unterstützung erfolgte zu 90 Prozent in Form von Zuschüssen und zu 10 Prozent als Darlehen. Sie galt landwirtschaftlichen Schulen, Bodenverbesserungen, Forschungsprojekten an großen und kleinen Universitäten, der Unterbringung von Bergleuten, Molkereisubventionen, Frauen- und anderen Bürgervereinen. Außerdem wurden Kredite für Kleinunternehmen von Vertriebenen aus dem Osten übernommen. Die Zahlungen betrafen Ende der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre fast alle Bereiche des täglichen Lebens in Deutschland. Die Frage, wo und an wen Mittel fließen sollten, war Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Deutschen sowie unter den

Bundes- und Landespolitikern innerhalb der Bundesrepublik.

Die finale Zustimmung zu den Projekten des Marshallplans lag bei den amerikanischen Generälen des Office of Military Government for Germany (U.S.), kurz OMGUS. Die Listen der Empfänger wurden allerdings von Bundespolitikern und -ministern zusammengestellt. Damit hatte die Bundesregierung (die damals aus CDU/CSU, FDP und der rechtsgerichteten Deutschen Partei DP bestand) die Kontrolle über die Verteilung der Mittel auf Landesebene. Meine Forschung soll ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung (West-)Deutschlands zeichnen. Sie bietet dadurch Anhaltspunkte für ein besseres Verständnis der Entwicklungshilfe im Allgemeinen. Die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands ist untrennbar mit den Fortschritten der Nachkriegsdemokratie, der Gestaltung dauerhafter politischer Bindungen auf lokaler Ebene und dem Entstehen neuer demokratischer Institutionen verbunden. Meine empirische Forschung zeichnet das Tauziehen zwischen Westdeutschland und den alliierten Mächten um lokalen Einfluss nach. Damit zeigt sie, dass Entwicklungshilfe nicht nur im Globalen Süden politische Implikationen hat, sondern ebenso in Industrieländern.

Da der Marshallplan in den verschiedenen Besatzungszonen (amerikanisch, britisch, französisch) dezentralisiert verwaltet wurde, bin ich in Landesarchive in ganz Westdeutschland sowie in das Bundesarchiv gereist, um Unterlagen über Zuschüsse und Darlehen zu sammeln und zu digitalisieren, die zwischen 1948 und 1952 an Einzelpersonen, Unternehmen oder Genossenschaften vergeben wurden. Außerdem habe ich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin bei Bonn qualitative Forschung betrieben, um besser nachvollziehen zu können, wie die CDU/CSU mit den Amerikanern über die Marshallplan-Transfers verhandelte und innerhalb der Partei diskutierte.

Viele der Unternehmen, die Kredite aus dem Marshallplan erhielten, existieren noch immer und haben ihren Sitz an den gleichen oder ähnlichen Standorten – ein Beleg für die wirtschaftliche Kontinuität zwischen der Nachkriegszeit und heute. Ähnlich wie heute gab es in den 1950er-Jahren Debatten darüber, ob Westdeutschland die Marshallplan-Mittel schnell genug ausgab und investierte (aus Italien sind ebenfalls hitzige Diskussionen zwi-



Sienna Nordquist ist Doktorandin der Sozial- und Politikwissenschaften an der Bocconi-Universität in Mailand. Als Gastwissenschaftlerin war sie 2024 in der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB. Sie forscht zu Wahlpolitik, Klientelismus und Maßnahmen gegen Menschenhandel. sienna.nordquist@phd.unibocconi.it

schen Politikern und ihren US-amerikanischen Kollegen überliefert).

„CARE lieferte die legendären Pakete mit Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen aus Amerika an Freunde und Bedürftige in Europa“

Zusammen mit Grace Ballor von der Bocconi-Universität in Mailand habe ich untersucht, wie amerikanische außenpolitische Ziele auch von der Organisation CARE vorangetrieben wurden. Die „Cooperative for American Remittances to Europe“ war ein gemeinnütziger Akteur mit einem privatwirtschaftlichen Ansatz. CARE lieferte die legendären Pakete mit Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen, die von amerikanischen Familien an Freunde und Bedürftige in Europa gespendet wurden – und später in den sich entwickelnden Volkswirtschaften weltweit.

Wir argumentieren, dass CARE gerade für West-Berlin eine große Rolle spielte. Zunächst war die halbe Stadt nämlich aus dem ursprünglichen Abkommen zwischen den USA und Westdeutschland ausgeklammert worden, da die Adenauer-Regierung die Spannungen mit der DDR beziehungsweise dem gesamten Ostblock

im Kalten Krieg nicht verschärfen wollte. Die frühe Präsenz der Organisation erleichterte die Ausweitung des Marshallplans – zu nennen sind aber auch die hartnäckigen Bemühungen der Berliner Senatoren Friedrich Haas (CDU) und Paul Hertz (SPD), die direkte Gespräche mit der Economic Cooperation Administration der USA führten, aber ebenso junge Abgeordnete wie der spätere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD). CARE stellte aus eigener Initiative in großem Umfang Hilfsgüter in Form von überschüssigen Lebensmitteln und anderen Waren aus den USA zur Verfügung. Aber in einer Art öffentlich-privater Partnerschaft mit dem Marshallplan hielt die Hilfsorganisation auch außenpolitische Kontakte für die USA zu Ländern offen, in denen der Marshallplan nicht direkt tätig werden konnte, da sie im Einflussbereich der Sowjetunion lagen.

Unsere Forschung zeigt, dass private Akteure und gemeinnützige Organisationen nicht zwangsläufig ausschließlich der Außenpolitik der jeweiligen Regierung folgen, sondern auch geopolitische Ziele vorantreiben können, die der Staat selbst in Kriegs- und Krisenzeiten nicht umsetzen kann. Die USA konnten keinen

direkten Einfluss auf Länder nehmen, die in der Pufferzone des Sowjetblocks lagen, oder durch den Marshallplan eine kapitalistische Entwicklung der Wirtschaft ankurbeln. Amerika konnte aber sehr wohl die lokale Bevölkerung durch Lebensmittel- und Kleiderspenden unterstützen – sogar als der Kalte Krieg „heißer“ wurde.

**„Gemeinnützige
Organisationen können
geopolitische Ziele voran-
treiben, die Staaten in
Kriegs- und Krisenzeiten
nicht umsetzen können“**

CARE schickte schon vor dem Marshallplan Pakete nach Westdeutschland und Berlin. Für Pakete nach Ost-Berlin fungierten nach der Berlin-Blockade dänische Wohlfahrtsverbände als Vermittler. Diese Aktivitäten in Ost-Berlin erforderten, dass CARE von OMGUS unabhängig blieb – so wie die Organisation ebenfalls mit

den Sowjets um Unabhängigkeit von russischer Kontrolle verhandelte, auch vermittelt durch die DDR-Regierungspartei SED. Wie in den alliierten Zonen wurden CARE-Pakete ohne die in den sowjetischen Zonen geltenden Zölle geliefert; Aufkleber stellten allerdings sicher, dass die strengen Einfuhrregelungen für die von der UdSSR kontrollierten Gebiete nicht verletzt wurden. Die private Struktur von CARE und ihre Unabhängigkeit von der US-Regierung ermöglichten es der Organisation, amerikanische Güter in Gebiete zu bringen, die sonst von westlichen Lieferungen abgeschnitten gewesen wären, etwa nach Triest oder nach Jugoslawien.

Die Geschichte des Marshallplans in Westdeutschland hängt also eng mit der Entwicklung der Demokratie zusammen. Sie ist aber auch eng verflochten mit der Geschichte von Flucht und Vertreibung. Millionen Menschen verloren durch den Zweiten Weltkrieg und die Zwangsumsiedlungen ihre Heimat. Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin waren der Ansicht, dass die ethnische Homogenisierung der Grenzregionen zwischen den Mächten die Chancen auf einen dauerhaften Frieden erhöhen würde. 8 Millionen Menschen wurden allein nach Westdeutschland umgesiedelt. Die wirtschaftliche und soziale Integration dieser Vertriebenen stellte eine der größten Herausforderungen für die westdeutsche Regierung und die alliierten Mächte dar. 450 Millionen D-Mark aus dem Marshallplan wurden daher zur Gründung von Vertriebenen-Banken in den westlichen Bundesländern verwendet.

Diese Banken verwalteten European-Recovery-Programme, die Menschen Zuschüsse und Kredite gewährten, die ihr Unternehmen nach der Vertreibung in Westdeutschland neu gründen wollten. Die Herkunfts- und die Zielorte der Unternehmen wurden von den Banken erfasst – die Daten könnten ein Ansatz für zukünftige empirische Forschung über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Verluste von Kleinunternehmen und die neuen Entwicklungen durch den Marshallplan sein.

Die genauere Betrachtung der Zuwendungen durch den Marshallplan zeigt die langfristigen Auswirkungen von Hilfst transfers auf lokale Politik. Die USA behielten zwar die Oberaufsicht, mit der Zeit übernahmen jedoch westdeutsche Bundespolitiker die Verantwortung dafür, wo und wie die Mittel ausgezahlt wurden. Der Marshallplan nahm Einfluss auf Unternehmen, kommunale Gruppen und Einzelpersonen und spielte eine entscheidende Rolle für die Position Westdeutschlands im Kalten Krieg zwischen den USA und der UdSSR. Die Geschichte seines Erfolgs ist außerdem eine Geschichte des anhaltenden Zentralismus in der deutschen Politik. Sie beschreibt auch eine Tradition der Unterstützung von CDU/CSU für bestimmte Regionen. Die Geschichte ist nicht zu Ende erzählt. Wenn Leserinnen und Leser dieses Artikels von Zuschüssen oder Darlehen im Rahmen des Marshallplans aus der eigenen Familie wissen, würde ich mich sehr freuen, diese Geschichten zu hören. ●

Literatur

Braun, Sebastian T./Dwenger, Nadja: „Settlement Location Shapes the Integration of Forced Migrants: Evidence from Post-war Germany“. In: *Explorations in Economic History*, 2020, Bd. 77. DOI: 10.1016/j.eeh.2020.101330.

Charnysh, Volha: *Uprooted. How Mass Migration Remade Postwar Europe*. Cambridge: Cambridge University Press 2024.

Gossé, Jean-Baptiste/Schneider, Aymeric/Vicquéry, Roger: „Lessons from the Marshall Plan for the European Recovery Plan“. In: *Eco Notepad*, Post no236, Banque de France, 29.09.2021. Online: <https://blog-notesdeleco.banque-france.fr/en/blog-entry/lessons-marshall-plan-european-recovery-plan> (Stand: 20.02.2025).